

Die Wendung in den beiderseitigen Beziehungen in Jhess rückt. Der große Wert, den die Bayerische Volkspartei auf das gute Verhältnis zur Reichsregierung legt, zeigt sich auch in der Beurteilung der durch den Austritt der deutsch-nationalen Minister geschaffenen Lage. Das offizielle Parteiprogramm erklärt, es könne keinem Zweifel unterliegen, daß der Schritt der Deutsch-nationalen „eine ungeheure Belastung und Erschwerung unserer außenpolitischen Lage“ bedeute. In der Bayerischen Volkspartei habe man Beschlässe mit endgültigem Charakter für verfaßt und nicht geeignet, der deutschen Außenpolitik, an die im Augenblick allein gedacht werden sollte, zu nützen. Es bestehe zurzeit kein Anlaß, dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister, welche die Verantwortung für die Rückwirkungen übernommen hätten, das so notwendige Vertrauen zu entziehen. Ausdrücklich wurde dann noch betont, daß diesen Standpunkt auch die bayerische Staatsregierung vertrete. In diesem Zusammenhang verdient ebenfalls die scharfe Abfage an Marx erwähnt zu werden, „der ein durch seine Wahlbedeuerung in die Irre geführter Revanchepolitiker sei und mit seinem ehemals guten katholischen Namen der katholischen Sache mehr schade als nütze“.

Man kann die Kreise, die sich in so erfreulicher Weise betätigen, als die Hindenburg-Richtung in der Bayerischen Volkspartei bezeichnen, während eine andere schärfere Strömung, die im fränkischen Bayern vorherrschend, einen vorwiegend kirchlichen Einschlag aufweist und den Wiederantritt des Reichspräsidenten als das Zentrum betrachtet. Die Hindenburg-Richtung ist durch den Münchener Besuch des Reichspräsidenten noch gestärkt worden, und damit sind auch die Ausschüsse der Zentrumsanhänger entsprechend gestärkt. Zurzeit ist an eine Wiedervereinigung nicht zu denken. Sie läme höchstens dann in Betracht, wenn bei Neuwahlen die Bayerische Volkspartei so geschwächt würde, daß sie zu ihrer Eigenkraft das Vertrauen verliere. Dafür hat sie gegenwärtig keine Anzeichen vorhanden.

In der Volkspresse gehen Gerüchte über eine Erschütterung der Regierungskoalition um, die aus der Bayerischen Volkspartei, der Deutsch-nationalen Mittelpartei (Deutsch-nationaler und Volksparteier zusammen in Fraktionsgemeinschaft) und dem Bayerischen Bauernbunde besteht. Es handelt sich dabei lediglich um promovierte demeritäre Ausführungen, bei denen der Wunsch der Vater des Gedankens ist und die als einzigen tatsächlichen Untergrund einen gewissen überhörschmaligen Volkswirtschaftsradikalismus des linken Flügels des Bauernbundes unter der Führung des zur Sozialdemokratie hinüberweichenden ehemaligen Abgeordneten Gandorfer haben. Der Landwirtschaftsminister Febr, der als Vertreter des Bauernbundes in der Regierung ist, denkt aber nicht daran, sich von Gandorfer beeinflussen zu lassen, sondern arbeitet sich an der Politik des Gesamtkabinetts mit. Die Deutsch-nationalen und die Volksparteier üben einen Einfluß auf die Führung der staatlichen Geschäfte aus, der nicht zu unterschätzen ist, wenn auch drei Viertel aller Ministerien, und gerade die wichtigsten, in den Händen der Bayerischen Volkspartei liegen. Die Förderung einer besseren Verteilung der politischen Machtverhältnisse in der Regierung erscheint daher berechtigt, um so mehr, als die ehemaligen Kandidatenfaktoren, Reichsratskammer und König, jetzt fehlen. Dr. Febr findet im übrigen bei den beiden nationalen Reichsparteien volle Anerkennung dafür, daß er es versteht, bei aller energiegelben Vertretung der Notwendigkeiten des bayerischen Staates Kräfteanstrengungen mit dem Reiche zu vermeiden. Alles in allem macht die gegenwärtige Lage des zweitgrößten deutschen Bundes einen vorzüglichen Eindruck, der auch in dem großen Erfolge der sehr abgezeichneten Neugeworfenen Anleihe in Erscheinung getreten ist. Daraus geht hervor, daß die gesunde Finanzpolitik und die starke wirtschaftliche Kraft Bayerns, die sich namentlich in den gewaltigen Großwasserwerken veräußert, auch jenseits des Ozeans volles Vertrauen gefunden haben.

Deutschland und die internationalen Handelskammern.

Paris, 2. Nov. Der Rat der internationalen Handelskammern wird am 6. November in Paris zu seiner 12. Sitzung zusammengetreten, die durch einen Vortrag des derzeitigen Vorsitzenden Walter Leaf von der Weltbank über die Wirtschaftslage Europas eingeleitet werden wird. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Fragen: Einfuhr- und Ausfuhrverbote bzw. -beschränkungen, wirtschaftlicher Wiederaufbau, Konsulargebühren und Konsularformalitäten. In den ersten Fragen hat der Völkerbund ein Gutachten der internationalen Handelskammern angefordert. Inherdem werden im Laufe der Sitzung des Rates in Ausführung der Präziser Beschlüsse der Handelskammern drei Sonderausschüsse eingesetzt werden, nämlich ein Ausschuss für Transaktionsfragen, ein Ausschuss, der sich mit den Entwürfen der großen staatlichen Arbeiten (Schiffleistungen), und ein Komitee, das sich mit den Behinderungen beschäftigt, die dem Handel in einzelnen Ländern noch entgegenstehen. In den Sitzungen werden zum ersten Male deutsche Delegierte teilnehmen. wth.

Bedenkfeier an den deutschen Kriegergräbern in Paris.

(Durch Funkübertrag.) Paris, 2. Nov. Auf dem Pariser Friedhofe Dangeux-Montrouge fand heute mittags vor den deutschen Kriegergräbern eine Bedenkfeier statt, an der außer dem deutschen Botschafter die Mitglieder und Beamten der Botschaft, sowie die Beamten der deutschen Kriegsinformationsmission in Paris, Vertreter der deutschen Presse und deutsche Frauen teilnahmen. Botschafter v. Oeschke sagte in seiner Rede u. a.: „Der Druck, der lange Jahre auf uns lastete, beginnt zu weichen. Am Horizont zeigt sich und die Hoffnung, daß Deutschland bald den ihm gebührenden Platz wieder einnehmen wird im friedlichen Wettbewerb und friedlichen Zusammenwirken der Nationen zum Heil unseres Vaterlandes, unseres blutgetränkten Erbteiles und überhaupt der ganzen Menschheit.“ Der Botschafter kündigte ferner an, daß von nun an die deutschen Soldatengräber nicht nur in Paris, sondern überhaupt in Frankreich ein mögliches würdevolles Aussehen erhalten würden. Es seien Mittel und Wege gefunden worden, die der Witterung so stark ausgesetzten Soldatenfriedhöfen durch feinerne Gedenktafeln zu erleben. Leider werde es bei der großen Anzahl der Gräber nicht möglich sein, alles so zu gestalten, wie man es wünschen müsse, aber er hege die Zuversicht, daß unter Mithilfe der für den Zustand der Gräber verträglich verantwortlichen französischen Regierung allgemein ein würdevoller Zustand geschaffen werden könnte. (W. T. B.)

Kabinettsrat in Paris.

Paris, 2. Nov. Das neue französische Kabinett ist heute vormittags zu einem Kabinettsrat zusammengetreten, um die Erklärungen, die Painlevé morgen in der Kammer vorlesen wird, zur Kenntnis zu nehmen und zu prüfen. Wie bekannt wird, hat Painlevé vor der Abfassung seiner Erklärung nochmals mit den Führern der bürgerlichen Volkspartei in Beratung genommen. Mit den sozialistischen Führern hat Painlevé heute abend 8 Uhr eine Zusammenkunft. Von dem Ergebnis dieser Aussprache wird es abhängen, ob die Sozialisten dem neuen Kabinett morgen ihr Vertrauen aussprechen oder ob sie eine neutrale Haltung einnehmen werden. Der augenblicklich hier tonende sozialistische Nationalrat wird heute am späten Abend darüber Bescheid fassen. (T. U.)

Blum zur Haltung der französischen Sozialisten.

Paris, 2. Nov. In der heutigen Nachmittagsitzung des Nationalrates der Sozialistischen Partei berichtete Abgeordneter Blum über die politische Haltung der Kammerfraktion. Als Painlevé sein zweites Kabinett bildete, sagte Blum, habe er von den Sozialisten die Beteiligung gefordert. Das hätten die Delegierten der Partei abgelehnt, da sie durch die Beschlüsse des Kongresses hinsichtlich der Finanzfrage und der Marokkofrage gebunden seien. Daraus habe Painlevé gefrag, ob das Vertrauen, das die sozialistische Gruppe ihm verweigert habe, einem Kabinett Herrist bewilligt werden könnte. Daraus sei geantwortet worden, die Sozialistische Partei könne keine Personalfrage, sondern nur die Frage der Finanzsanierung, und Morin könne nicht gestellt werden.

Nach der Rede Blums beschloß der Rat, eine Resolution abzuschließen, um den Bericht über die Unterbrechung der Parteidelegierten mit Painlevé in der Frage der Sozialversicherung und der zukünftigen Haltung Painlevés gegenüber dem Senat entgegenzunehmen. (W. T. B.)

Paris, 2. Nov. Der politische Ausschuss der sozialistischen Kammerfraktion wurde heute kurz vor 7 Uhr abends vom Ministerpräsidenten Painlevé empfangen. Die Unterredung dauerte zwei Stunden. Die sozialistischen Deputierten begaben sich sofort zum sozialistischen Nationalrat, um über die von Painlevé gegebenen Erklärungen Mitteilung zu machen. Wie der Presse erklärt wurde, ist die Befriedigung freundschaftlich gewesen. Weidenseits wurde festgestellt, daß eine feste Anknüpfung zum Entgegenkommen gemacht worden sei. Jedemfalls aber blieben zwei Punkte noch strittig, und zwar die militärischen Kredite für die Operationen in Spanien und Marokko, deren Bewilligung den Kammerabgeordneten durch die Beschlüsse des Sozialistischen Kongresses in Marokko unmöglich gemacht worden sei. Die Befriedigung erstreckte sich sodann auf sämtliche Punkte der Regierungserklärung. Vor allem war die Finanzlage Gegenstand einer Kontroverse zwischen Painlevé und den Abgeordneten. Painlevé legte dar, daß die Amortisationskassette, die er schaffen wolle, durch eine Sondersteuer gestiftet werden soll, und zwar durch eine Art Erhöhung der allgemeinen Steuern auf das Einkommen, die es gestalten werde, in etwa 15 Jahren 60 bis 65 Milliarden zu amortisieren. Die sozialistischen Deputierten fanden, daß diese Anknüpfung nicht völlig der Ansicht der Partei entspräche. (W. T. B.)

Umgruppierung in Marokko.

Paris, 2. Nov. Aus Fez wird gemeldet, daß Marshall Petain, der gestern die Rückreise nach Paris antrat, vorher einen Kabinettsrat in Fez unter Teilnahme sämtlicher Gruppenführer abgehalten hat. Nach einer Aussprache über die Unterfunktion und die Verpflegung der Truppen während des Winters wurde eine Umorganisation der Front beschlossen, deren Einzelheiten geheim gehalten werden. In dessen glaubt die marokkanische Presse mitteilen zu können, daß die Nordfront in zwei Flügel, einen westlichen und einen östlichen eingeteilt werden wird und daß das System der kleinen Völkern aufgehoben werden soll. Statt dessen sollen Garnisonen von mindestens einem Bataillon Stärke in allen Hauptpunkten errichtet werden. (Zl.)

London, 2. Nov. Dem „New York Herald“ wird aus Tanger gemeldet, daß im Ikerahatal Truppenbewegungen im Gange seien, die ziemlich starken Charakter trügen. Französische Abteilungen seien wegen ihrer Verproviantierung, die im Innern wegen der schlechten Verbindungswege nicht sichergestellt werden könne, nach Marokko und den Küstenflüssen zurückgezogen worden. Im spanischen Frontabschnitt werden Aufmärsche der Deschabalaß üblich von Tetuan gemeldet. Die Militärgruppen befinden immer noch Tetuan erschlossen mit ihren Geschützen. (W. T. B.)

Bayern und Locarno.

Das Bayerische Kabinett und Locarno.

München, 2. Nov. Die Bayer. Staatszeitung“ teilt heute mit, daß der bayerische Ministerpräsident Held sowohl den Führern der Koalitionsparteien, als auch den Führern der sozialdemokratischen, demokratischen und völkischen Fraktion ausführlich über die Haltung der bayerischen Regierung zu dem Locarno-Vertrag berichtet hat. Das Blatt fügt hinzu, daß aus diesen Darlegungen ganz bestimmt zu erkennen sei, welche Stellung der bayerische Ministerpräsident Dr. Held bei der letzten Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin zu den Abmachungen von Locarno eingenommen habe. Zu fragwürdigen Beschlüssen für oder gegen die Abmachungen von Locarno hätte bei dieser Ministerpräsidentenversammlung gar keine Veranlassung bestanden. Sie sei auch von keiner Seite erfolgt. Die bayerische Regierung habe durch den Ministerpräsidenten ihre Ansicht dahin zum Ausdruck bringen lassen, daß eine Stellungnahme zu den Abmachungen erst dann möglich sei, wenn die Rückwirkungen zu erkennen seien und die Aufgaben der Ministerien verträglich würden. Bis dahin sei die einzig mögliche Haltung: „Abwarten“. Das sei übrigens auch die Meinung der Reichsregierung und fast aller Parteien gewesen. (T. U.)

Der Führer der bayerischen Deutschnationalen gegen Locarno.

München, 2. Nov. Die Deutschnationalen Volkspartei Bayerns hatte eine Bundesversammlung nach Nürnberg einberufen, um von Bayern aus zur Völkischen und Nationalpolitischen Stellung zu nehmen. Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand eine große Rede des Führers der Deutschnationalen in Bayern Prof. Dr. Hilpert. Dr. Hilpert führte aus, daß der Locarno-Vertrag im Ausland nicht anders als eine freiwillige Anerkennung des Vertrages angesehen werden könne. Von den deutschnationalen Voraussetzungen sei fast keine einzige erfüllt worden. Aus den Voraussetzungen seien nachteilige Rückwirkungen geworden. Nicht einmal die Räumung der Rheinzone werde bis zum 1. Dezember durchgeführt. Daher sei der Vertrag unannehmbar. Die innenpolitischen Rücksichten bestimmten nicht die Haltung der Deutschnationalen, sondern ausschließlich die Sorge um die deutsche Zukunft.

Waffenkündigung in der bayerischen Textilindustrie.

München, 2. Nov. Den Blättern zufolge haben die nordbayerischen Textilindustriellen den Schiedsspruch, durch den der Manteltarif bis zum 1. November 1926 verlängert, zugleich aber auch eine Arbeitszeit bis zu 81 Stunden festgesetzt worden war, für unannehmbar erklärt. In einem Antrag in den Betrieben heißt es, es sei angesichts der heutigen Wirtschaftslage unmöglich, unter den im Schiedsspruch vorgegebenen Bedingungen die Betriebe gedeihlich weiterzuführen. Deshalb werde der gesamten Belegschaft zum 14. d. M. gekündigt. Hiervon werden 24 000 Arbeiter betroffen. (W. T. B.)

Tegilarbeiterausperrung in Hannover-Braunschweig.

Hannover, 2. Nov. Der seit einigen Tagen im Bezirk Hannover-Braunschweig bestehende Boblenkist in der Textilindustrie hat, nachdem die Einigungsverhandlungen vor dem Schlichter ergebnislos verlaufen sind, am Montag morgen zur Aussperrung von 7000 bis 8000 Arbeitern geführt. (W. T. B.)

Der Handelsvertrag mit Italien.

Die uneingeschränkte Meißelbegünstigung.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 2. Nov. Der deutsch-italienische Handelsvertrag ist auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen worden. Für den Fall, daß ein Teil Änderungen seines Politarisches vornimmt, sind weitere Verhandlungen vorbehalten. Die Verhandlungen über den Vertrag gehalten sich namentlich in den letzten Tagen ziemlich schwierig, so daß die Paraphierung erst in den frühen Morgenstunden des Freitag erfolgte. Am Sonnabend fand dann, wie gemeldet, die Unterzeichnung statt. Das Wesentliche des Vertrages ist, daß er die uneingeschränkte Meißelbegünstigung enthält, während das bisherige Provisorium noch eine Anzahl Beschränkungen der Meißelbegünstigung enthielt. Die Meißelbegünstigung ist um so bedeutungsvoller, als Italien mit einer größeren Anzahl von Ländern, Schweiz, Frankreich, Tschad-Slowakei, Oesterreich usw. Verträge abgeschlossen hat. Die diesen Staaten gewährten Ermäßigungen kommen nun auch uns zugute. Die Meißelbegünstigung bezieht sich nicht nur auf Fragen des Warenverkehrs, sondern auch der Niederlassung usw. Ferner bringt der Vertrag für beide Teile die Freiheit von Eis- und Ausfuhrverboten mit geringen Beschränkungen. Der Vertrag kann erst am 15. Dezember in Kraft treten; bis dahin ist das Provisorium verlängert worden. Die Zollsätze des neuen Vertrages können heute noch nicht mitgeteilt werden, nur soviel ist zu sagen, daß verschiedene der darüber veröffentlichten Angaben falsch sind. Für unsere Landwirtschaft sind erhebliche Zollsätze festgesetzt. So sind die deutschen Zollsätze für Wein und Trauben höher als in dem spanischen Vertrag. Auch für Reis und Tomaten, die nach dem spanischen Vertrag frei eingehend waren, sind Zollsätze festgesetzt. Für die Industrie ist die Meißelbegünstigung die Hauptsache. Wir haben zwar Konsessionen machen müssen, die für uns schmerzhaft waren. Sie betreffen Rohstoffe und Kunststoffe. Aber sie mühten gemacht werden, wenn der Vertrag überhaupt zustande kommen sollte. Der Vertrag enthält ferner Bestimmungen über die Freiheit des Handels, des Eisenbahns und Schiffsverkehrs, das Recht des Grundverkehrs und der Niederlassungen, ferner die Meißelbegünstigungen für die Behandlung deutscher Gesellschaften in Italien und den Grundab der Durchfuhrfreiheit für alle Waren. Der deutsch-italienische Vertrag wurde durch Mussolini und den deutschen Botschafter v. Neurath unterzeichnet.

Eine Botschaft Mussolinis an die Faschisten.

Rom, 1. November. Mussolini richtete an alle Faschisten in Italien folgende Botschaft: Die Beschlüsse anläßlich des dritten Jahrestages der Revolution der Schwarzhemden verbleiben in ganz Italien mit außerordentlicher Heftigkeit. Die Mobilisierung aller faschistischen Kräfte: der Partei, der Miliz und der Syndikate, fand

unter allgemeiner Begeisterung ungeheurer Menschenmengen statt. Die Disziplin und die Ordnung des Faschismus waren bewundernswert. Im Verlauf der Hunderte von Versammlungen, an denen Millionen von Menschen teilnahmen, ist kein Zwischenfall zu verzeichnen gewesen. Der Faschismus liefert zu Beginn des vierten Jahres seiner Herrschaft den unwiderlegbaren Beweis seiner Macht. Alle Faschisten, die Führer sowohl wie die Soldaten, verdienen höchsten Lob. Wiederum einmal ist der Welt der Beweis erbracht, daß der Faschismus unbesiegt und unbesiegbar ist. (W. T. B.)

Mehr nationale Würde!

Rom, 2. Nov. Mussolini empfing heute die zu ihrer zweiten Tagung hier versammelten Direktoren der internationalen Nachrichten-Agenturen, die ihm von den Generaldirektoren der Agenzia Stefani vorgestellt wurden. Nachdem er sich über die Arbeiten der Tagung unterrichtet hatte, hielt er eine herzliche Begrüßungsansprache an die Anwesenden, in der er die Bedeutung der Aufgaben der Nachrichten-Agenturen hervorhob, die die öffentliche Meinung der Welt mit vollkommener Sachlichkeit und größter Genauigkeit unterrichten sollen. Er appellierte an diese Sachlichkeit, damit die Leiter der Nachrichten-Agenturen in ihren Ländern die wahre Lage in Italien schildern, wo, wie alle Anwesenden persönlich hätten feststellen können, nachdem der Faschismus aus Ruhez gelangt sei, Ruhe, Disziplin, Ordnung und Liebe zur Arbeit herrsche. (Zl.)

Im Namen der Direktoren antwortete Dr. Manley, Direktor vom Völkischen Telegraphen-Bureau, indem er die Gefühle lebhaften Dankes für die Ehre dieses Empfangs und für die unvergeßliche Aufnahme zum Ausdruck brachte, die sämtlichen Teilnehmern an der Tagung in Italien bereitet worden sei, so daß diese bei ihrer Abreise „begleitete Erinnerungen“ mit sich nehmen. Mussolini brachte darauf allen Anwesenden nochmals die Hand. (!) Dem Empfang wohnten bei der Kabinettschef des Ministeriums des Reichers Marquis Volucci de Calbois und der Leiter der Presseabteilung im Ministerium des Reichers Baron di Valentino. (W. T. B.)

Sollten die „begleiteten“ Erinnerungen des Herrn Manley nicht ein wenig beeinträchtigt werden, wenn er mit offenen Augen durch das gepulverte Südtirol fährt? Aber mit fervider Genauigkeit muß natürlich betont werden, daß Mussolini den Agenturdirektoren, deren Meinungen er teils weise mit Feuer und Schwert bekämpft hat, die Hand zweimal gedrückt hat. Und dies betont der Direktor des ersten großen Telegraphen-Bureaus in Deutschland!

Washington, 2. Nov. Die italienische Kommission zur Konsolidierung der Kriegsschulden Italiens ist unter Führung des Finanzministers Graf Volpi hier angekommen. (W. T. B.)